

# NIEDERSCHRIFT

## über die gemeinsame Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und des Ausschusses für Jugend, Soziales, Senioren, Sport und Kultur

Gremium	Haupt- und Finanzausschuss, Ausschuss für Jugend, Soziales, Senioren, Sport und Kultur
Sitzungsnummer	HuF/061/11-16 JSSSK/022/11-16
Sitzungsdatum	Donnerstag, den 04.02.2016
Sitzungsbeginn	20:00 Uhr
Sitzungsende	21:35 Uhr
Ort	Sitzungssaal Gebäude I, Raum 001, Mainzer-Tor-Anlage 6, 61169 Friedberg (Hessen)

### Teilnehmerliste

#### Ausschuss für Jugend, Soziales, Senioren, Sport und Kultur

##### Vorsitzender

Herr Erich Wagner

##### Mitglieder

Frau Julia Cellarius	
Herr Alfons Janke	
Frau Martina Pfannmüller	vertreten durch Herrn Volker Muras
Frau Rebecca Riesener	vertreten durch Herrn Gerhard Bohl
Herr Mehmet Turan	
Frau Evelyn Weiß	
Frau Sybille Wodarz-Frank	vertreten durch Frau Claudia Eisenhardt
XXXXXXXX	

##### Schrifführer

Herr Sebastian Dein

#### Haupt- und Finanzausschuss

##### Vorsitzende

Frau Marion Götz

##### Mitglieder

Herr Olaf Beisel	
Herr Ulrich Hausner	
Herr Bernd Messerschmidt	vertreten durch Herrn Winfried Ertl
Herr Peter Schmidt	
Herr Florian Uebelacker	
Herr Reiner Veith	
Herr Erich Wagner	
Herr Günther Winfried Weil	

#### Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung

Herr Carl Cellarius  
Frau Silvia Elm-Gelsebach  
Herr Achim Güssgen-Ackva

#### Mitglieder des Magistrates

Herr Bürgermeister Michael Keller  
Herr Erster Stadtrat Peter Ziebarth  
Herr Stadtrat Ortwin Musch  
Herr Stadtrat Dr. Olaf Osten  
Frau Stadträtin Petra Rauch-Weitzel

#### Verwaltung

Herr Jürgen Schlerf;  
Leiter des Amtes für öffentliche Sicherheit und  
Ordnung

Die Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses Götz und der Vorsitzende des Ausschusses für Jugend, Soziales, Senioren, Sport und Kultur Wagner eröffnen die gemeinsame Sitzung und begrüßen alle Anwesenden. Die Ladung zur Sitzung erfolgte fristgemäß. Sie stellen die Beschlussfähigkeit der Ausschüsse fest.

### Tagesordnung:

TOP	DS-Nr.	Titel
1	11-16/1345	Vereinbarung zur Unterstützung der Integration und Unterbringung von Flüchtlingen in den Wetterauer Städten und Gemeinden; hier: Abschluss einer Vereinbarung
2	11-16/1302	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07. Oktober 2015; hier: Flüchtlingshilfe koordinieren
3	11-16/1353	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02. Dezember 2015; hier: Ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit beheimaten / Bewegungsraum für Flüchtlinge
4	11-16/1355	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02. Dezember 2015; hier: Flüchtlingsunterbringung und Erstaufnahmeeinrichtung
5		Verschiedenes
5.1		Verschiedenes; hier: Integration in Dorheim
5.2		Verschiedenes; hier: zentrale Plakatstände
5.3		Verschiedenes; hier: Quartiersmanagement

#### **Ausschuss für Jugend, Soziales, Senioren, Sport und Kultur**

##### Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen  
Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

#### **Haupt- und Finanzausschuss**

##### Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen  
Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

TOP	DS-Nr.	Titel
-----	--------	-------

- |           |                   |  |
|-----------|-------------------|--|
| <b>1.</b> | <b>11-16/1345</b> | <b>Vereinbarung zur Unterstützung der Integration und Unterbringung von Flüchtlingen in den Wetterauer Städten und Gemeinden;<br/>hier: Abschluss einer Vereinbarung</b> |
|-----------|-------------------|--|

Erster Stadtrat Ziebarth verweist auf die Vorlage und die dazugehörige Vereinbarung, die inzwischen in der vorliegenden Form abgeschlossen worden sei. Er nimmt die anschließende formale Kritik an diesem Verfahren (Haushaltshoheit der Stadtverordnetenversammlung) von Ausschussmitglied Uebelacker zur Kenntnis.

Beide Ausschüsse nehmen sodann die Vorlage und die beiliegende Vereinbarung zwischen Wetteraukreis und Stadt Friedberg **zur Kenntnis**.

- |           |                   |  |
|-----------|-------------------|--|
| <b>2.</b> | <b>11-16/1302</b> | <b>Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07. Oktober 2015;<br/>hier: Flüchtlingshilfe koordinieren</b> |
|-----------|-------------------|--|

**Antragstext:**

Der Magistrat wird aufgefordert, die Gelder, die vom Wetteraukreis als freiwillige Leistung für die Koordination der Flüchtlingsarbeit gewährt werden, dem runden Tisch und allen beteiligten Organisationen für die Flüchtlingsbetreuung bereitzustellen. Über die Verwendung der Gelder ist bei jeder Haupt- und Finanzausschusssitzung zu berichten.

Mitglied Uebelacker begründet ausführlich den Antrag seiner Fraktion und kritisiert, dass die Flüchtlingsarbeit bisher überwiegend ehrenamtlich und ohne große Unterstützung des Runden Tisches durch die Verwaltung gemacht werde. Sein Ziel sei eine vertrauensvollere und engere Zusammenarbeit zwischen Runden Tisch und Stadt, um eine sofortige Integration von Flüchtlingen (am Beispiel der Stadt Bensheim) zu ermöglichen.

Bürgermeister Keller, Erster Stadtrat Ziebarth und Amtsleiter Schlerf stellen nochmals klar, dass die vorrangige Aufgabe der Stadt erst einmal die Unterbringung von Flüchtlingen zur Vermeidung von Obdachlosigkeit sei und es aufgrund der wöchentlichen Zuweisungen zunehmend schwerer falle, Massenunterkünfte wie z. B. im DGH Bauernheim und/oder BGH Ockstadt zu verhindern.

Zudem habe die Verwaltung die bisherigen Wünsche und Bitten des Runden Tisches, für die die Mittelzuweisungen verwendet wurden, nahezu alle erfüllt. Auch seien interne Umzüge von Flüchtlingen durch die Verwaltung organisiert worden, um den sozialen Frieden in den einzelnen städtischen Unterkünften zu erhalten und zu verbessern.

Bürgermeister Keller lobt in diesem Zusammenhang die Arbeit der bisher in diesem Bereich tätigen Mitarbeiter und erläutert, dass bald ein Spitzengespräch mit Runden Tisch, Kirchengemeinde und seiner Person - unter anderem auch zum Thema „Untervermietungen“ - stattfinden wird und dass die vier neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stabsstelle zeitnah vom Magistrat eingestellt werden sollen.

Nach weiteren Redebeiträgen der Mitglieder XXXXXXXX, Cellarius, Turan, Uebelacker und Vorsitzenden Götz, in denen sich herauskristallisiert, dass beide Seiten (Runder Tisch und Stadt) von der jeweils anderen Seite gerne ein Integrationskonzept hätten, stellt Mitglied Beisel fest, dass Satz 1 des Antrages durch die Vorlage zum heutigen TOP 1 und die „gelebte Praxis“ weitgehend erledigt ist. Antragsteller Uebelacker stimmt zu, dass Satz 1 des Antrages für erledigt erklärt und somit nur über Satz 2 des Antrages abgestimmt wird.

Vorsitzende Götz lässt zunächst den **Ausschuss für Jugend, Soziales, Senioren, Sport und Kultur** über Satz 2 des Antrages „Über die Verwendung der Gelder ist bei jeder Haupt- und Finanzausschusssitzung zu berichten.“ abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen  
Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

Vorsitzende Götz lässt sodann den **Haupt- und Finanzausschuss** über Satz 2 des Antrages „Über die Verwendung der Gelder ist bei jeder Haupt- und Finanzausschusssitzung zu berichten.“ abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen  
Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

**3. 11-16/1353 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02. Dezember 2015; hier: Ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit beheimaten / Bewegungsraum für Flüchtlinge**

Mitglied Uebelacker begründet den Antrag unter anderem damit, dass neutrale Räume für ehrenamtliche Betreuer bereitstehen sollten, in denen ein offenes Angebot (z. B. zentraler Infopoint, Spielecke für Kinder, etc.) auch für die nicht in städtischen Einrichtungen lebenden Flüchtlinge etabliert werden könne.

Bürgermeister Keller berichtet, dass einige Entscheidungen von Kreis, Regierungspräsidium und Land hinsichtlich der verschiedenen Einrichtungen in der Kaserne noch ausstünden, dass er in den Verhandlungen aber nach wie vor Räume für die städtischen Mitarbeiter und die Ehrenamtlichen fordere.

Nach kurzer Diskussion über die weitere Verfahrensweise erklären sich alle Mitglieder beider Ausschüsse dazu bereit, den **Antrag ohne Abstimmung an den Magistrat zu überstellen. Dieser soll bis zur ersten Arbeitssitzung beider Ausschüsse in der kommenden Legislaturperiode sein Raumkonzept vorstellen und den Runden Tisch zuvor entsprechend einbinden.**

**4. 11-16/1355 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02. Dezember 2015; hier: Flüchtlingsunterbringung und Erstaufnahmeeinrichtung**

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen

- (1) Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt – den gesamtgesellschaftlichen Umständen geschuldet - grundsätzlich die Einigung von Land, Wetteraukreis und Stadt Friedberg in einer gemeinsamen Ertüchtigungs- und Entwicklungsarbeit, am geeigneten Ort, den Ray Barracks mehrere Einrichtungen zur Flüchtlings-unterbringung vorzusehen.
- (2) Da in räumlicher Nachbarschaft unterschiedliche Einrichtungen entstehen und mittelfristig im Stadtbild zu integrieren sind, muss eine klare Definition der jeweiligen Einrichtungen erstellt und vermittelt werden, auf die sich die Bevölkerung Friedbergs und des Wetteraukreises einstellen können.

- (3) Nach Auffassung der Stadtverordnetenversammlung kann ein solcher multifunktionaler Standort nicht zusätzlich dadurch belastet werden, dass eine Überlaufeinrichtung institutionalisiert oder Gebäude für Überlaufeinrichtungen, Notunterkünfte (z. B. der unteren Landesbehörden) vorgehalten werden. Soweit entsprechende politische Zusagen vorliegen sind diese in eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung zu fassen. Der Magistrat der Stadt Friedberg wird hiermit beauftragt in Verhandlungen mit Wetteraukreis und Land Hessen eine Absicherung zu erreichen.
- (4) Die Übernahme von Flüchtlingen aus der Überlaufeinrichtung (Notunterkunft) Nidda wird unterstützt, soweit in einem klaren und endgültigen Zeitplan genau diese Einrichtung mit ihren bis zu 700 Flüchtlingen in eine selbständige EAE-Außenstelle qualifiziert wird. Eine EAE kann dann den vom Land geplanten Umfang (1.000 Flüchtlinge) annehmen.
- (5) Als weitere qualitative Einrichtungsarten sind nach Auffassung der Stadtverordnetenversammlung möglich: Der Stadt Friedberg durch den Wetteraukreis zugewiesene Flüchtlinge, dem Wetteraukreis durch EAE zugewiesene Flüchtlinge, durch EAE zugewiesene unbegleitete Minderjährige (umA).
- (6) Im Haupt- und Finanzausschuss und dem Ausschuss für Jugend, Soziales, Senioren, Sport und Kultur ist darüber laufend zu berichten.

Mitglied Uebelacker erläutert, dass sich die Punkte 3 und 4 des Antrages inzwischen erledigt hätten.

**Punkt 2 des Antrages solle ähnlich wie TOP 3 der heutigen Sitzung in der ersten Arbeitssitzung des Haupt- und Finanzausschusses durch den Magistrat zusammen mit dessen Vorstellungen für die Gesamtstadt dargestellt werden.**

Sein Ziel sei aber eine Abstimmung über Punkt 1 in der nächsten Stadtverordnetenversammlung am 18. Februar 2016.

Bürgermeister Keller und weitere Ausschussmitglieder bitten den Antragsteller um Erklärung des ihnen unverständlichen Inhalts von Punkt 2. Nach einem längeren Wortbeitrag von Mitglied Uebelacker bleibt ihnen das Gemeinte weiterhin unklar. Um die Erörterung nach mehreren Rückfragen zu einem Ende zu bringen, besteht schließlich Einvernehmen, mit Punkt 2 zu verfahren, wie vorgeschlagen, und eine etwaige Sinnklärung in diesem Rahmen nachfolgend durchzuführen.

Bürgermeister Keller gibt bekannt, dass die Erstaufnahmeeinrichtung aus seiner Sicht völlig abgeschottet sein wird und dass ihm bislang trotz entsprechenden Nachfragen noch kein konkreter staatlicher Ansprechpartner für die Stadt genannt werden konnte. Einen Durchstich (Fußweg) von den geplanten Einrichtungen in Richtung Industriegebiet Süd habe die BImA abgelehnt.

Nach weiteren Redebeiträgen der Stadtverordneten Uebelacker, Ertl, Güssgen-Ackva, Turan und Muras hält Antragsteller Uebelacker den Antrag auf Abstimmung zu Punkt 1 aufrecht.

Vorsitzende Götz formuliert aus den vorherigen Redebeiträgen zwei Alternativen zum abzustimmenden

**Punkt 1 des vorliegenden Antragstextes:**

„Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt – den gesamtgesellschaftlichen Umständen geschuldet – grundsätzlich die Einigung von Land, Wetteraukreis und Stadt Friedberg in einer gemeinsamen Ertüchtigungs- und Entwicklungsarbeit, am geeigneten Ort, den Ray Barracks mehrere Einrichtungen zur Flüchtlings-unterbringung vorzusehen.“

Bei **Alternative A** würde das Wort „begrüßt“ durch das Wort „akzeptiert“ ersetzt werden.

**Alternative B** wäre, heute keinen Beschluss zu fassen, sondern den Antragstext lediglich zur Kenntnis zu nehmen.

Sie lässt zunächst über den weitestgehenden Antrag, also den vorliegenden Antragstext der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen (Punkt 1 des Ursprungsantrages) abstimmen:

### **Ausschuss für Jugend, Soziales, Senioren, Sport und Kultur**

Abstimmungsergebnis:

**Mehrheitlich abgelehnt**

Ja 2 Nein 3 Enthaltung 4

### **Haupt- und Finanzausschuss:**

Abstimmungsergebnis:

**Mehrheitlich abgelehnt**

Ja 2 Nein 3 Enthaltung 4

Vorsitzende Götz lässt sodann über **Alternative A**, also eine Ersetzung des Wortes „begrüßt“ durch das Wort „akzeptiert“ im Antragstext zu Punkt 1 abstimmen:

### **Ausschuss für Jugend, Soziales, Senioren, Sport und Kultur**

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

Ja 6 Nein 3 Enthaltung 0

### **Haupt- und Finanzausschuss:**

Abstimmungsergebnis:

**Mehrheitlich abgelehnt**

Ja 3 Nein 3 Enthaltung 3

Eine Abstimmung über **Alternative B** erfolgt damit nicht mehr, die heutigen Abstimmungsergebnisse werden entsprechend in der Stadtverordnetenversammlung am 18. Februar 2016 bekanntgegeben.

## **5. Verschiedenes**

### **5.1. Verschiedenes; hier: Integration in Dorheim**

Mitglied Veith berichtet kurz von der in der Praxis gelebten Integration der in Dorheim untergebrachten Flüchtlinge.

### **5.2. Verschiedenes; hier: zentrale Plakatständer**

Mitglied Cellarius fragt an, warum der zentrale Plakatständer im Bereich des Taxistandes am Bahnhofsvorplatz entfernt wurde, der seiner Ansicht nach auch auf der Rasenfläche hätte positioniert werden können.

Bürgermeister Keller und Erster Stadtrat Ziebarth sagen zu, diese Frage zu klären.

**5.3.****Verschiedenes;  
hier: Quartiersmanagement**

Mitglied Turan fragt nach dem Sachstand zum Quartiersmanagement in der Altstadt. Bürgermeister Keller erläutert, dass es für Städte mit Erstaufnahmeeinrichtungen besondere Förderprogramme gebe, für die ein Antrag auf Unterstützung der Gemeinwesenarbeit in der Altstadt und zukünftig auch in der Kaserne gestellt wurde. Sobald dieser Antrag vom Hessischen Sozialministerium abschließend bewilligt ist, wird den Ausschüssen entsprechend berichtet.

Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, bedanken sich die Vorsitzenden Götz und Wagner bei den Anwesenden und schließen die Sitzung.

---

gez.: Götz  
(Vorsitzende  
des Haupt- und Finanzausschusses)

---

gez.: Wagner  
(Vorsitzender  
des Ausschusses für Jugend, Soziales,  
Senioren, Sport und Kultur)

---

gez.: Dein  
(Schriftführer)